

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin
Claudia Jacob

TOP 33 – Leukämiefälle im Raum
Geesthacht / Elbmarsch

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Detlef Matthiessen:

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 036.07 / 25.01.07

Nach den Ursachen muss weiter gesucht werden

Vielen Dank, Frau Ministerin, an Sie und die MitarbeiterInnen für den Bericht „Leukämiefälle im Raum Geesthacht / Elbmarsch“. Der Bericht gibt eine gute Übersicht über die Untersuchungen zur Aufklärungen der Leukämieerkrankungen bei Kindern und Jugendlichen in der Region.

Summarisch lässt sich feststellen, dass eine Ursache oder mehrere miteinander verbundenen Ursachen bis heute nicht festgestellt wurden und dass eine kausale Zuordnung auch in der Zukunft schwierig sein wird bzw. dass zur Zeit kein Ansatz zu erkennen ist, der zum Aufklärungserfolg führen würde.

Wir, und ich glaube, dass ich hier für alle Antragsteller sprechen darf, wir hätten es gerne anders. Der Aufwand, die Ursachen zu klären, ist auf schleswig-holsteinischer und auch auf niedersächsischer Seite groß gewesen. Es wurden über viele Jahre verschiedenste Ansätze verfolgt.

Das war auf schleswig-holsteinischer Seite radioökologische Untersuchungen, die berühmten Tritiummessungen in Baumscheiben und aufwändige epidemiologische Untersuchungen.

Das waren auf niedersächsischer Seite Trinkwasser, Beregnungswasser, Nahrungsmittel, Luft und Boden. Es sind Aerosole, die sich an der Staustufe in Geesthacht bilden, und Hausstäube untersucht worden.

Fest steht, dass es eine sehr ausgeprägte Häufung von Leukämien bei Kindern gibt. Ein Cluster ist ein räumlich abgrenzbares Gebiet, in dem eine bestimmte Erscheinung signifikant höher auftritt als in dem Durchschnitt alle Gebiete bzw. des beobachteten Gesamttraumes. Das Cluster bei Geesthacht ist konzentrierter als anderswo auf der Welt.

Ein zufälliges Auftreten dieser Häufung ist nach Aussagen der Wissenschaft statistisch völlig ausgeschlossen.

1/2

Dieser räumliche Zusammenhang macht die Schlussfolgerung zwingend: Es gibt deswegen auch Gründe, die in der Region des Auftretens der Erkrankungen zu suchen sind.

Wer in dem Gebiet wohnt, macht sich Sorgen, um die Kinder, um Verwandte, vielleicht auch um sich selbst. Den Familien, die von Krankheit und Tod betroffen sind, gilt unser Mitgefühl. Denen, die sich sorgen, bringen wir Verständnis entgegen. Jeder kann sich selber fragen, wie wäre es, wenn ich dort wohnen würde.

Man würde hoffen, dass es mit den Erkrankungen der Vergangenheit abgeklungen sei. Schließlich können mögliche Ursachen ja auch irgendwann mal verschwinden. Der neue Fall und die damals neuen Fälle davor zeigen aber eines: Es ist nicht vorbei. Das Neuauftreten von Krankheitsfällen belegt, dass die Ursachen, die wir nicht kennen, immer noch wirken.

In dem Bericht ist zu lesen, dass bisher die Kausalzuordnung bei Clustern von Krebserkrankungen nur ausnahmsweise gelingt. Das mag auch darin begründet sein, dass zum Entstehen eines Clusters geringere Fallzahlen ausreichen als zur statistisch abgesicherten Ursachenzuordnung.

Daneben ist es auch möglich, wenn nicht sogar nahe liegend, dass man es mit einem multifaktoriellen Geschehen zutun hat, also mit mehreren miteinander verknüpften oder parallel wirkenden Ursachen.

Es gibt eine neue laufende Fall-Kontrollstudie des deutschen Kinderkrebsregisters, deren Ergebnisse im Frühjahr 2007 vorliegen werden. Diese Studie beschäftigt sich zum einen mit der Frage, ob die Nähe des Wohnortes zu einem westdeutschen Kernkraftwerk einen Risikofaktor für das Entstehen von Krebserkrankungen im Kindesalter darstellt.

Zum anderen soll festgestellt werden, ob gegebenenfalls andere Risikofaktoren bei an Leukämie erkrankten Kindern vorliegen, die nicht unmittelbar mit der Strahlenexposition durch die Nähe zum Kernkraftwerk, sondern mit anderen, eine Strahlenexposition mit beeinflussenden Faktoren (z. B. berufliche Strahlenbelastung der Eltern) einhergehen.

Soweit zum Bericht. Das wollen wir abwarten und neu bewerten.

Wir fordern den Stop des weiteren Ausbaus von Anlagen wie dem Zwischenlager. Minimierung von Strahlenemission ist das Gebot der Stunde.

Der Sozialausschuss hat beschlossen, die KollegInnen in Niedersachsen zu bitten, bei der dort geplanten Anhörung teilzunehmen. Das ist ein Beschluss, den wir sehr unterstützen.

Es soll eine Delegation aus unserem Hause und eventuell auch aus der Hamburger Bürgerschaft nach Hannover fahren und dort in der Anhörung zuhören bzw. mitwirken. Ich empfehle, diesen Bericht in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen, und die Arbeit dort fortzusetzen.

Politisch sollten wir über weitere Maßnahmen nachdenken, die sich mittelbar aus den Ursachenforschungen zur Leukämie in der Elbmarsch ableiten lassen, wie die längst überfällige Vereinheitlichung der Erfassung von Krebserkrankungen in Deutschland. In Schleswig-Holstein ist die Meldung verbindlich, in Hamburg nicht. Da hört der Föderalismus auf.

Wir sichern den Menschen in der betroffenen Region zu, dass wir weiterhin an ihrer Seite stehen.
